

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bozen bei unsre
Agenturen, ferner bei den
Amoncon-Expeditionen
und Post, Kastenamt & Postamt.
S. L. Dabke & Co., Inhaber.

Berantwortlich für den
Innern: J. Gluglik
in Bozen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 158

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
am Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganzen Deutschland. Beziehungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 3. März.

893

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung vom 2. März, 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Kolonialrats wird bei dem Kapitel: für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika fortgesetzt.

Nachdem Abg. Prinz v. Arenberg über die Verhandlungen der Budgetkommission kurz berichtet, dankt zunächst

Abg. Oechelhäuser (natl.) für die vorgelegte Denkschrift über Ostafrika und außerdem dem Geh. Rath Kaiser für die Währung, mit welcher er sich in Ostafrika über die Lage der Verhältnisse zu unterrichten gesucht habe. Sodann verbreitete sich Redner über die Thätigkeit und aussichtsvolle Zukunft der ostafrikanischen Gesellschaft. Dieselbe habe je eine Plantage zur Gewinnung von Cacao, Kaffee und Gummi angelegt und verwerfen dabei 280 Rulis. Die Pflanzen gediehen vorzüglich. Die Gesellschaft habe außerdem in Kitogwe eine Baumwollplantage errichtet. Die erste Ernte sei befriedigend gewesen. Das Gleiche gelte von der großen, von Rulis bewirtschafteten Tabakplantage der deutsch-ostafrikanischen Plantagen-Gesellschaft auf dem Hochplateau der Landschaft Bondeli, 192 Centner seien geerntet worden. Dem Tabak wurde von Sachkennern eine gute Zukunft prophezeit. Es sei überhaupt zu erwarten, daß in absehbarer Zeit alle diese Plantagen reiche Erträge abwerfen würden. Eine Lebensfrage für die Kolonien sei die Eisenbahnenfrage. Um diese zu lösen, habe sich die deutsch-ostafrikanische Eisenbahngesellschaft (Ujambara-Vine) gebildet, welche zunächst eine Eisenbahn von Tanga nach Karooge bauen und diese dann weiter bis an den Victoria Nyanza fortführen solle. Die Traktionsarbeiten seien bereits beendet. Erst mit dem Eisenbahnbau werde die Schiffsahrt auf den Seen im Innern aufblühen und die Möglichkeit geboten sein, mit dem bisherigen überaus kostspieligen unzulässigen und unfrechen Karawanensystem zu brechen. Mit Anerkennung gedenkt der Redner auch der segensreichen Wirksamkeit der Missionen. Was die Kosten der Eisenbahn betreffe, so müsse berücksichtigt werden, daß nach dem Bau derselben die kostspieligen Expeditionen ins Innere wegfallen und daß auch ein Theil des inneren militärischen Schutzes überflüssig werde. Diese Erspartnis zuzüglich der sonst zu erwartenden größeren Zolleinnahmen werde hinreichend, um eine Zinsgarantie von 3½ Prozent für die Eisenbahn zu rechtfertigen. Redner bedauert, daß wir Zanzibar so ohne Weiteres preisgegeben haben; er wünscht weiter, daß die Station Tabora stärker besetzt werde, und fabelt sowohl das bureaukratische Regiment des Gouverneurs von Soden, als auch die differenzielle Zollsabhandlung der Kolonien. Auf die Ausführzölle könnte wohl verzichtet werden. Im Übrigen erhofft Redner eine gedeihliche Entwicklung Ostafrikas und erwartet, daß dem Reichstag im nächsten Jahre über diese Kolonien ein Etat vorgelegt werde.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Wenn ein praktischer Mann wie der Vorredner, der für unsere Kolonien nicht nur ein warmes Herz hat, sondern für dieselben auch Opfer gebracht hat, im Allgemeinen mit der Entwicklung Deutsch-Ostafrikas zufrieden ist, so kann mich das nur mit Freude erfüllen, denn auch ich meine, daß wir auf die dortige Entwicklung mit voller Befriedigung zurücksehen können, und daß, wenn kein Rückfall eintrete, wir uns dort immer mehr einleben und unsere Stellung festigen werden. Der Herr Vorredner hat die Aufgabe von Zanzibar bedauert. Ich gebe zu, daß die Verwaltung Ostafrikas mit Zanzibar leichter wäre; aber wir könnten die Hände nicht nach etwas ausstrecken, was unerreichbar war. Wir müssen sehen, was wir aus Ostafrika machen ohne Zanzibar, das wir nicht haben könnten. Der Vorredner hat eine stärkere Besatzung der Station Tabora verlangt. Prinzipaliter bin ich der Ansicht, daß die Stärke der Schutztruppe so gering sein sollte, als die Verwaltung es zulassen, nicht bloß der Kosten wegen, sondern weil mit der Stärke der Schutztruppe unter afrikanischen Verhältnissen die Lust zu kriegerischen Unternehmungen wächst, während es in unserem Interesse liegt, ohne Blutvergießen vorzugehen, und dem Beispiel der Engländer zu folgen. Jede kriegerische Unternehmung stört das gute Einvernehmen mit den Einwohnern und schafft uns Schwierigkeiten. Ich würde fürs nächste aufzufrieden sein, wenn ich die Schutztruppe wieder auf die frühere Kopfstärke bringen könnte. Wir sind z. B. damit beschäftigt. Die Ergänzung ist nicht leicht, weil wir das Material weit herholen müssen. Die Eingeborenen eignen sich bis jetzt so gut wie gar nicht zu Soldaten. Es handelt sich also um eine kostspielige, mühsame Sache, aber ich hoffe, daß in wenigen Wochen unsere Schutztruppe den genügenden Etat wieder erreicht haben wird. Damit können wir zunächst zufrieden sein. Was wir aber fürs nächste Jahr für die Schutztruppe mehr beanspruchen müssen, das ist eine Ergänzung der Artillerie. Die Kanonen bedürfen dringend einer Erneuerung, weil dieselben zum Theil aus der Kumpelkammer entnommen waren, da man meinte, daß sie für Ostafrika gut genug seien (Heiterkeit); außerdem seien die schwarzen Soldaten nicht Artilleristen ersten Ranges, und es würden die Geschütze nicht immer die Behandlung erfahren haben, die ein modernes Geschütz erfordere. Nach den neuesten Meldungen ist der größte Theil der Geschütze untauglich, und wir werden diesen Theil der Bewaffnung unbedingt reformieren müssen. Während der Vorredner der Kolonial-Abteilung im auswärtigen Amt warmes Lob spendet, hat er sich gegen das „Schiem Soden“ ausgesprochen. Freiherr v. Soden ist wegen erschütterter Gesundheit beurlaubt; welche Verwendung er weiter findet, darüber habe ich jetzt noch kein Urteil. Jedenfalls empfinde ich aber die angenehme Pflicht, dem angegriffenen Beamten zur Seite zu stehen. Herr v. Soden ist ein Mann von großer Klärheit des Verstandes und viel Energie, und Deutschland hat alle Ursache, ihm für die gute Verwaltung seines Postens dankbar zu sein. Es ist aber jetzt Mode geworden, Beamte zum Gegenstand von Angriffen zu machen, namentlich wenn es, wie im vorliegenden Falle, drei Monate dauert, ehe ein Strafantrag gestellt werden kann. Man sollte doch bei der Verurtheilung einer so schwierigen Stellung mehr Milde und Vorsicht walten lassen. Jedenfalls kann ich konstatiren, daß die Regierung alle Ursache hat, dem Freiherrn v. Soden für das, was er bisher gethan hat, dankbar zu sein. Fälschlicher Weise hat der Herr

Vorredner Herrn v. Soden dafür verantwortlich gemacht, daß Dar-es-Salaam und nicht Bagamoyo zur Hauptstadt gewählt worden ist. Bagamoyo ist zwar der erste Handelsplatz, aber Dar-es-Salaam hat den besten geschützten Hafen, und deshalb habe ich angeordnet, daß Dar-es-Salaam Hauptstadt werden soll, zweifellos würde eine Eisenbahn die Güter aus dem Innern leichter herausholen, als die Karawane es vermögen. Wie viel überhaupt herauszuholen ist, das läßt sich nur schätzen; es steht aber Africatener, welche bezweifeln, daß es so viel sein wird, als der Vorredner annimmt. Jedenfalls ist der Eisenbahnbau wünschenswert und ich begrüße den Versuch mit Freuden. Ich möchte aber zur Vorsicht raten und empfehlen, durch die britische Konkurrenz sich nicht verleiten zu lassen, das Tempo zu überreizen. Freilich der Karawanenverkehr wird durch die Eisenbahn nicht völlig entbehrlich, obgleich das wünschenswert wäre, denn die Schäden, welche die großen Karawanen in stiftlicher und wirtschaftlicher Beziehung anrichten, sind noch schlimmer als die Sklavenagden. Der Eisenbahnbau wird uns übrigens kaum in die Lage versetzen, unsere Schutztruppe zu vermindern, da wir voraussichtlich die neue Eisenbahn schützen müssen. Man denkt sich diesen Eisenbahnbau leichter als er ist. Es handelt sich zunächst um eine Strecke, die etwa gleichbedeutend ist, mit der Entfernung von Danzig bis zum Bodensee. Die neue Eisenbahn muß Gebirge und große Flüsse überschreiten; sie wird durch große weite Flächen führen, in denen ganz hohes Gras wächst; es wird Mangel an Wasser vorhanden sein, und man wird sich auf den Widerstand der Eingeborenen gefaßt machen müssen. Ich würde gewiß den Tag freudig begrüßen, an dem zum ersten Male die Lokomotive auf dieser Strecke pfeift, aber ich möchte vor Illusionen ausdrücklich warnen. Auf keinen Fall werden die Karawanen durch den Eisenbahnbau vollständig verdrängt werden. Vielleicht können wir aber dafür sorgen, daß an Stelle der großen Karawanen kleinere treten, welche dann angewiesen werden, an bestimmten Etappenplätzen zu übernachten und ihre Verpflegung einzunehmen. Der Herr Vorredner hat so dann getadelt, daß unsere Kolonien in zollpolitischer Hinsicht differenziell behandelt würden. Demgegenüber habe ich zu bemerken, daß dem Zollausschuß des Bundesraths ein Antrag vorliegt, unseren Kolonien das Recht der Mietbegünstigung zu gewähren. Vor der Hand sind wir gezwungen, einen Theil der Verwaltungskosten aus den Zöllen zu decken. Wollten wir dieselben fallen lassen, so müßte eben der Reichstag eine höhere Summe billigen. (Widerspruch links.) Ich höre, daß Sie dies kaum vorziehen würden.

Abg. Bamberger kann im Allgemeinen den Ausführungen des Reichsanzlers zustimmen, bestreitet aber dem Abg. Oechelhäuser gegenüber, daß die ostafrikanische Gesellschaft dem Reiche bereits Vortheile gebracht habe. Alles, was für Ostafrika bisher geschehen sei, hätten die deutschen Steuerzahler getragen. Er erinnerte nur an die subventionierte Dampferlinie nach Ostafrika, über welche noch immer keine Statistik vorliege. Das einzige Verdienst der ostafrikanischen Gesellschaft bestehe darin, daß sie minderwertige Münzen ausgegeben habe. (Heiterkeit) Der frühere Kolonialrausch sei schon vollständig verlogen, denn die Begeisterung ging zusammen mit der Vorstellung, daß es recht schnell gehen würde, und daß ohne große Opfer bedeutende wirtschaftliche Vortheile herauskommen würden. Daß das nicht der Fall sieht man nachgerade immer mehr ein.

Abg. Reichsgraf von und zu Hoensbroch: (Btr.) Die Anschauungen über die Erfolge unserer Kolonialpolitik müssen natürlich mit den Erfahrungen wechseln. Nach allen bisherigen Erfahrungen haben wir keinen Anlaß, dem absäßigen Urtheil des Vorredners zuzustimmen. Es untersteht keinem Zweifel, daß vielleicht Ostafrika noch sehr entwicklungsfähig ist. Für meine Partei stehen natürlich die Missionen und die Ausbreitung des Christentums durch dieselben im Vordergrund des Interesses und da kann ich mit Freuden konstatiren, daß unsere Missionare seitens des Gouverneurs von Ostafrika die größte Unterstützung erfahren haben. Die Missionare arbeiten allerdings auch nicht nur im Interesse der Ausbreitung des Christentums, sondern sie verbessern auch zugleich die materiellen Verhältnisse des Landes. Auch in politischer Beziehung sind die Missionstationen nicht ohne Bedeutung. Sie haben nicht selten die Offiziere unserer Schutztruppe ganz wesentlich unterstützt. Unter diesen Umständen ist es kein unlösliches Verlangen, daß die Reichsregierung durch eine Erhöhung der Schutztruppe nicht bloß für eine bessere Entwicklung der Verkehrsstraßen sorgt, sondern zugleich auch der Missionstationen einen besseren Schutz gewährt. Der Reichskanzler hat zwar eine Erhöhung der Schutztruppe auf den früheren Etat vorgesehen, aber es ist doch zweifelhaft, ob diese Erhöhung ausreicht, um allen Eventualitäten erfolgreich entgegen zu treten. Besonders scheint mir eine stärkere Besatzung der Station Tabora geboten. Meine Partei würde gern bereit sein, die hierzu erforderlichen Mittel zu bewilligen. Man sollte nie vergessen, daß gerade die Missionen die Hauptstützpunkte für die deutschen Interessen Afrikas sind.

Abg. Graf Arnim (Rp.) verbreitete sich über die Verhältnisse unserer ostafrikanischen Kolonie, die er weit günstiger findet als der Abg. Bamberger, und empfiehlt eine Vermehrung der Schutztruppe, bei welcher nach den bisherigen Erfahrungen auf die Auswahl der Führer die größte Sorgfalt verwandt werden müßte. Es dürften auf diese Posten nur erfahrene Männer gestellt werden. Redner erklärt sich für den ostafrikanischen Eisenbahnbau, der vielleicht schon in diesem Jahre in Angriff genommen werden soll, weil dann die Ergebnisse des Innern am schnellsten zur Küste gebracht werden können.

Abg. Oechelhäuser (natl.) erklärt er habe nicht völlige Aufhebung, sondern nur eine Revision der Zölle in Ostafrika empfohlen. Dem Frhrn. v. Soden habe er persönlich keinerlei Vorwürfe machen wollen.

Nachdem noch Abg. Samhammer (Bfr.) einige Bedenken gegen das ostafrikanische Kolonialsystem vorgebracht, wird die Debatte geschlossen und das Kapitel bewilligt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr (Estat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung).

Schluss nach 4 Uhr.

Postkarte, die sechsgezählte Petition oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugtes
Siele entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 2. März, 11 Uhr.

Die Beratung des Eisenbahnrats wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Ritter (fit). Die Eisen- und Stahlindustrie ist sehr zurückgegangen; die Preise sind gedrückt und es mußten viele Arbeiter entlassen oder Schichten ausgelassen werden. Daher wäre es angebracht, wenn die Regierung die Industrie beschäftigte und namentlich eine Vermehrung des Gebrauchs älterer Schwellen herbeiführte.

Minister Thielen: Die älteren Schwellen werden in vielen Eisenbahndirectionen, besonders von Köln und Elberfeld viel angewendet. Aber überall ist die Anwendung nicht angängig. Wir sind mit den Walzwerken in Verbindung getreten behufs Lieferung von Schienen und die Verhandlungen sind bereits soweit gediehen, daß bald ein Abschluß der Verträge bevorsteht. Nicht Erspartnirücksichten leiten uns bei den Bestellungen, sondern Rücksichten auf den Bedarf. Die Verhandlungen mit den Walzwerken werden bald zu Ende geführt sein, wir sind jetzt nur noch um 1 M. ausgelaufen. Kommen die Verträge zu Stande, so werden für 153 000 M. mehr Bestellungen gemacht werden als im vorigen Jahre. Die Staatsverwaltung kann sich trotz der günstigen Konjunktur nicht Baarenverträge aufstellen. Abgelehnt von den dadurch entstehenden Binsverlusten würde das Material fehlen. Wir werden uns bemühen, in stetem Konnex mit den Walzwerken zu bleiben, ein jährlicher Wechsel in den Bestellungen ist für beide Theile verderblich.

Abg. Sandmann (nl.) bittet, bei Submissionen nicht blos denselben Nachricht zugeben zu lassen, deren Angebot angenommen ist, sondern auch denen, deren Angebot abgelehnt ist.

Minister Thielen erwidert, daß bereits jetzt bei größeren Submissionen Nachricht über den Auffall der Submissionen gegeben werde, daß er aber in Erwägungen eintreten werde, ob nicht dem Wunsche des Vorredners stattgegeben werden könnte.

Abg. Dr. Hammacher (nl.): Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ist es Pflicht der Staatsregierung, helfend einzugreifen. Wir wünschen allerdings nicht, daß Bestellungen über den Bedarf hinaus und unter Schädigung der Staatsfinanzen gemacht werden. Aber wir verlangen eine regelmäßige Beschäftigung der Industrie. Dieser Standpunkt ist bisher nicht immer eingenumommen worden, man hat mit den Bestellungen gewartet, bis das Bedürfnis nicht mehr abzuwenden war. Ein großer Theil der sozialen Löhne der letzten Zeit hängt mit diesem Verhalten des Staates, des größten Arbeitgebers zusammen. Der Minister will nicht Vorräte anschaffen. Wenn er aber schon jetzt Bestellungen macht, so werden die Fabriken wohl genug sein, falls sie Arbeiten für die Zukunft haben, auch ihrerseits auf Vorraum zu arbeiten. Die Verwendung älterer Schwellen eines vollendeten Oberbaues würde sehr große Erspartnisse ermöglichen. Die preußische Staatsbahnverwaltung verwendet die leichtesten Schienen von allen Ländern, daher kommt es, daß unsere Züge nicht so groß sein können und so schnell fahren können wie z. B. in England.

Abg. Fuchs (Btr.) klagt, daß in einzelnen Direktionsbezirken eine Reduktion der Löhne der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten um 10 Proz. vorgenommen worden sei.

Minister Thielen: Es hat nach den Ausführungen des Vorredners den Anschein, als ob ich einen Erlass hätte ergehen lassen, die Löhne der Arbeiter um 10 Proz. zu reduzieren. Ich habe nur die Verfügung an die Provinzialbehörden erlassen, zu erwägen, ob die von uns gezahlten Löhne auf gleicher Stufe sich bewegen wie die in verwandten Industrien. Der Vorredner stützt seine Behauptung wohl auf eine Petition der Eisenbahnarbeiter in Nippes. Diese Petition hat sich als nicht gerechtfertigt erwiesen. Die Löhne der Eisenbahnarbeiter in Nippes sind nicht niedriger als die in anderen Industriezweigen in der Umgebung von Köln. Die Staatsverwaltung kann nicht ihre Löhne stabilisieren zum Schaden der Privatindustrie, sie ist gezwungen, der Lohnbewegung zu folgen, und sie thut es mit Aufmerksamkeit, aber auch mit Wohlwollen. Sie macht nie den Anfang an einer Herabsetzung der Löhne.

Abg. Burghardt (natl.) bittet um die Stellung größerer Wagen für die Hohlglassindustrie.

Ab. Sander (natl.) beschwert sich über die unzweckmäßige Heizung der Waggons.

Abg. Brömel (dfr.): In der gestrigen Debatte ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß man für Benutzung der Wagen mit besonderem Komfort eine höhere Gebühr verlangen solle, und der Minister versprach schon vom 1. April ab diesem Wunsche nachzukommen. Wenn bei Einstellung weiterer Komfortzüge das System der Buschläge eingeführt wird, so machen wir einen Schritt rückwärts in unserem Tarifsystem. Der Minister will für jede Strecke einen Buschlag von 2 Mark erheben. Wenn dies z. B. auch für Benutzung des Wagens nach Potsdam geschehen soll, so wäre dies ein Buschlag von 8 Pfennig pro Kilometer, eine Gebühr, die in ihrer Höhe einzig in der Welt steht. Das Tarifsystem würde noch komplizierter werden. Die Staatsbahnverwaltung wollte früher die Wagenklassen vermindern, jetzt schafft sie eine neue Wagenklasse mehr, zu der ein besonderes Betriebsmaterial notwendig ist. Den Wunsch des Abg. Burghardt möchte ich befürworten im Interesse der niederländischen Hohlglassindustrie, die eine ausschlaggebende Rolle auf dem Weltmarkt spielt und von großer Bedeutung für die Arbeiter ist. Die säfische Regierung ist den Wünschen der Industrie entgegengekommen. Wir sollten es auch thun.

Minister Thielen: Wir sind nach langen Erwägungen zu dem Modell der Zugszüge gekommen. Es wird beabsichtigt, 24 derartige Schnellzugzüge einzurichten und gleichmäßig auf den verschiedenen Schnellzugstrassen im Osten und Westen einzuführen. Es wird ferner beabsichtigt, in diesen Zugszügen auch Wagen dritter Klasse einzuführen. Die Buschläge werden für jede Art von Beförderung auf jeder Strecke erhoben auch von denen, die Freibahnen haben. Eine Komplizierung des Tarifsystems wird aber dadurch, wenn überhaupt, nur in sehr geringem Maße eintreten. Die Buschlagsbillets selbst sollen sowohl im Vorverkauf wie in den Bürgen selbst verkauft werden. Eine Komplizierung des Betriebes wird nicht stattfinden. Die Frage der Herstellung geeigneter Wagen für die Hohlglassindustrie ist vielfach erörtert

worden. Wir haben uns entschlossen, Wagen mit festen Aussäulen herzustellen. Weitere Entschließungen müssen wir uns vorbehalten und die Erfahrungen abwarten, welche wir mit diesen Wagen machen werden.

Abg. **Weverbusch** (frk.) meint, es könne an Kupees für Nichtraucher gespart werden, und beklagt die mangelhafte Herstellung der Kupees.

Abg. Dr. **Hammacher** (nfl.): Wir würden zu weit gehen, wenn wir von der Eisenbahnverwaltung verlangten, daß sie die Arbeitslöhne in dieser oder jener Höhe erhalten müßt. Die Verwaltung ist hier nichts mehr und nichts weniger als ein industrieller Betrieb. Sie ist also auch abhängig von denselben Bedingungen. Aus bloßer Freigebigkeit kann der Staat nicht höhere Löhne bezahlen, als sie jeder andere Betrieb zahlt. Redner führt dann aus, daß bei einer Änderung des Garantiegesetzes von 1882 darauf Rücksicht genommen werden müsse, daß Schwankungen in den Finanzen vermieden werden.

Ministerialdirektor **Brefeld** betont die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Erneuerungsfonds.

Abg. **Brömel** (dfr.) führt aus, daß die Verwaltung nicht höhere Löhne zahlen dürfe als die Industrie.

Abg. Frhr. v. **Minnigerode** (cons.) gleicht der Regierung zu erwägen, ob die Eisenbahnkommission in der Form, wie sie besteht, aufrecht zu erhalten sei.

Abg. **Ritter** (frk.) bittet, die bewilligten Sekundärbahnen möglichst schnell auszuführen. Das niederschlesische Revier warte auch noch immer auf die Herstellung der vor zwei Jahren bewilligten Bahnen.

Minister **Thielen** steht auf demselben Standpunkt. Er habe alles angestrebt, daß die Projekte rasch ausgeführt werden. Die betreffenden Linien würden in Kürze in Angriff genommen werden.

Abg. **Graf Ranitz** bittet den Minister, die für den neuen Zentralbahnhof in Hamburg bewilligte Summe nicht eher zu verwenden, als bis ein entsprechendes Abkommen mit der Stadt getroffen ist; denn diese müsse einen angemessenen Beitrag leisten.

Minister **Thielen** erklärt, Hamburg sei bereit, 6 Millionen beizutragen und den Grund und Boden herzugeben.

Abg. **Goldschmidt** (dfr.): Einige frühere Eisenbahnarbeiter aus dem Bezirk Berlin haben mir mitgetheilt, ihnen sei bei Eintritt ihrer Arbeitsfähigkeit eine Unterstützung zugestellt, dieselbe sei ihnen später entzogen worden. Ich bitte den Minister, für diese Arbeiter Fürsorge zu treffen.

Abg. **Halberstadt** (dfr.) bittet, auf dem Bahnhof in Hirschberg bedeckte Perrons herzustellen.

Die Abg. **Schmieding**, Dr. **Hammacher**, von **Cynern** (natlib.) befürworten Erweiterung der größeren rheinisch-westfälischen Bahnhöfe.

Abg. **Brömel** (dfr.) bemängelt die Geringfügigkeit der Summe, welche von der Eisenbahnverwaltung für Entwicklung von Kommissarien auf die Weltausstellung in Chicago ausgeworfen ist.

Geheimrat **Lehnert**: Es sind im Ganzen von allen beteiligten Kreisorts für die Entsiedlung von Kommissarien 130—140 000 M. ausgeworfen. Die Summe ist doch nicht ganz so gering. Außerdem ist das nicht die einzige Ausgabe, welche der Staat für die Weltausstellung bewilligt hat.

Abg. **Goldschmidt** (dfr.) schließt sich den Ausführungen Brömels an.

Abg. Dr. **Hammacher** (natlib.): Für das Kultusministerium sind 36 000 M. für die große Eisenbahnverwaltung nur 18 000 Mark ausgeworfen. Die Geringfügigkeit dieser Summe beweist, daß bei der Regierung die richtige Ansicht von der Bedeutung der offiziellen Besichtigung einer Weltausstellung nicht vorhanden ist.

Damit ist der Eisenbahn-Etat erledigt.
Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Berg-Etat.)
Schluß nach 3/4, Uhr.

Deutschland.

■ **Berlin**, 2. März. Die Rede des Kaisers hat in politischen Kreisen, zumal im Reichstag einen guten Eindruck gemacht. Man vergleicht den ruhigen Ton der kaiserlichen Ansprache mit den Aufsehen erregenden Kundgebungen früherer Jahre, und die Wirkung der gestrigen Kaiserworte mag weniger dramatisch sein, als die der Provinziallandtags-Reden vom vorigen und vom vorvorigen Jahre, aber sie ist ausgeglichener. Drei Punkte vor Allem sind es, auf die sich die Aufmerksamkeit richtet. Der Kaiser spricht

von seinen „bewährten Räthen“. Die noch immer fortlaufenden Versuche, die Stellung des Grafen Caprivi zu erschüttern, erhalten durch diese Worte die entschiedenste Zurückweisung. Was dabei am meisten in die Augen fällt, ist, daß erst durch den bezüglichen Hinweis des Kaisers bekannt wird, mit welcher Unermüdblichkeit jene Versuche gemacht werden. In der Öffentlichkeit ahnt man kaum, wie diese stille Minirarbeit vor sich geht, und welche oft sonderbaren Mittel und Wege sie einschlägt. Wenn vor Jahrzehnten Fürst Bismarck über „Frictionen“ klagen durfte, so sind jene Reibungen ein Nichts gegen die Schwierigkeiten, denen Graf Caprivi begegnet. Richtiger muß man sagen, sie würden ein Nichts dagegen sein, wenn nicht der bestimmte Wille des Kaisers diesen Hezereien die praktische Wirksamkeit raubte. Der zweite, an der Rede des Kaisers besonders beachtete Punkt ist die gewissermaßen zarte Festigkeit, womit den agrarischen Uebertriebungen ein Dammentengen geworfen wird. Die Worte, daß ein Zustand verwirklicht werden soll, mit dem diejenigen zufrieden sein können, „die zufrieden sein wollen“, lassen eine andere Deutung als die auf die agrarische Tagesfrage bezügliche kaum zu, und sie sind auch im Provinziallandtage wie heute im Reichstag nicht anders verstanden worden. Die meiste Überraschung hat hervorgerufen, daß der Kaiser mit einem berühmten Bismarckwort geschlossen hat. Wenn damit nichts Anderes bewiesen und bezeugt werden kann, so jedenfalls dies, daß der Monarch etwaigen persönlichen Unmut durchaus hinter die Gesichtspunkte vornehmer historischer Würdigung zurückzustellen vermag. Der geschickliche Zug, der die Ansprache des Kaisers durchweht und sie für jeden Parteistandpunkt sympathisch machen muß, zeigt sich in der Unbefangenheit und Objektivität am stärksten, mit der die Erscheinung des ersten deutschen Reichskanzlers als ein Gegebenes, zum Besitzstand der Nation Gehöriges betrachtet und behandelt wird.

Dass in derselben Rede, wo der Kaiser sich auf den Fürsten Bismarck beruft, die Hilfe der „bewährten Räthe“ warmherzig betont wird, dürfte hinreichend geeignet sein, um etwaige übertriebene Deutungen des Schlusspassus der Rede fern zu halten. ■ **Berlin**, 2. März. Eine zum Theil gereizte Debattie entspann heute sich im Abgeordnetenhaus, in der Fortsetzung der Berathung des Eisenbahn-Etats, zwischen den Abgeordneten Hammacher und Fuchs. Der Zentrumabgeordnete Fuchs gilt als eines der Mitglieder seiner Partei, in denen die sogenannten „demokratischen“ Tendenzen sich noch immer nicht ganz haben unterdrücken lassen wollen. Er hat heute eine Probe davon geliefert, daß er dieser Charakterisierung nicht unverth ist. Seine Forderung, daß die Arbeitslöhne in den Eisenbahn-Werkstätten nicht gedrückt werden mögen, ist an und für sich gewiß berechtigt. Aber der Ton, in welchem dies Verlangen gestellt wurde, hatte etwas Aufreizendes und Gehässiges, was darum doppelt zu bedauern war, weil die billigenswerthe Sache, deren sich der Zentrumspredner angenommen hatte, darunter nur leiden kann. So war der Abg. Hammacher befugt, sich gegen die persönlichen Spitzen, mit denen Herr Fuchs seine Rede verschen hatte, in der schärfsten Weise zu wehren. Der Zwischenfall hinterließ einen etwas peinlichen Eindruck. Was die Sache selber anlangt, so gebührt die Anerkennung der größeren formalen wie materiellen Logik ohne Zweifel dem Abg. Hammacher und dem Eisenbahnminister, die übereinstimmend ausschriften, daß die Lohnbedingungen in den Staatswerkstätten sich nach denselben Verhältnissen regeln müßten wie die für die Industrie überhaupt maßgebenden, und daß somit der Staat keine höheren Löhne zahlen könne, als die privaten Arbeitgeber. Erschöpft aber ist das Problem mit diesen, innerhalb der vorhandenen Produktionsbedingungen allerdings maßgebenden

den Darlegungen allerdings nicht. Es kommt doch wesentlich in Betracht, wie die Anordnung von Lohnreduktionen auf die Arbeiterklasse und, weiterhin, auf die in solchen Dingen sehr feinfühlige öffentliche Meinung wirkt. Zum Mindesten müßte das Bestreben nach Ersparnissen nicht das hauptsächlich bestimmende für diese internste Staatseisenbahnpolitik sein. Wenn gespart werden soll, so giebt es zweckmäßiger Mittel dazu als dasjenige, welches hier in rein mechanischer Weise angewendet worden ist, und der Abg. Ritter beispielweise verwies auf ein solches Mittel, das u. A. in der Erziehung der hölzernen Eisenbahnschwellen durch die billigeren und besseren Eisenbahnschwellen gefunden werden könnte. Es ist befriedigend, daß der Minister auf diesem Gebiete eine umfangreichere Thätigkeit zusagte. Damit werden freilich wieder die Holzproduzenten, hauptsächlich der Forstfiskus, nicht einverstanden sein. — Der Reichstag beendigte heute die Berathung des Kolonialetats. Die Verhandlung giebt zu Bemerkungen keinen Anlaß.

Das erste der diesjährigen „Vierteljahrshefte zur Statistik des deutschen Reiches“ enthält eine Nachweisung über die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familiestand, welche nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 aufgestellt worden ist. Danach besaßen sich unter den 49 428 470 Einwohner des deutschen Reiches

	männliche weibliche Personen
ledige	15 058 108 14 591 560
verheirathete	8 372 486 8 398 607
vermittwte	774 967 2 157 870
geschiedene	25 271 49 601
zusammen	24 230 832 25 179 688

Dem Alter nach gliederte sich die Bevölkerung, wenn man nur einige groÙe Altersklassen unterscheidet, in folgender Weise:

	Personen in Prozent
unter 15 Jahren	17 372 100 35,1
15—40	19 112 174 38,7
40—60	8 999 554 18,2
über 60	3 944 542 8,0
zusammen	49 428 470 100,0

Insbesondere wurden 8892 Personen und zwar 3295 Männer und 5597 Frauen gezählt, welche ein Alter von mehr als 90 Jahren erreicht hatten.

Nach den Vorschriften für die Weltausstellung in Chicago werden, wie der „Reichsanzeiger“ hervorhebt, Ausstellungsgüter nach dem 10. April nicht mehr aufgenommen; da der Transport einen Zeitraum von 5 Wochen beansprucht, würden der am 9. März von Bremen abgehende Dampfer „Stuttgart“ und der am 10. März von Hamburg abgehende Dampfer „Baumrell“ die letzte Beförderungsgelegenheit bilden. Den ausstellenden Firmen wird dringend angeraten, sich der vorzeicheneten Gelegenheiten zu bedienen.

Ahlwardt, der sich zur Unterstützung der Kandidatur seines Freundes Hertwig nach Viegnitz begeben hat, macht dort weitere unangenehme Erfahrungen. In einer von den Antisemiten anberaumten Versammlung in Rüstern bei Viegnitz, welche am Dienstag stattfand, hat der „Rektor aller Deutschen“ in einem einfachen Lackier-Kram aus Jauer einen nicht zu unterschätzenden Gegner gefunden. Ahlwardt hatte in seiner Rede, die fast ausschließlich in Angriffen auf die Juden bestand, bemerkt, die Worte Christi am Kreuze: „Vergiebt Ihnen, denn Sie wissen nicht, was Sie thun.“ hätten sich nicht auf die Juden bezogen. Hierauf erwiderte Krause, daß es, wie Ahlwardt ja doch eigentlich auch bekannt sein müsse, damals Christen überhaupt noch nicht gegeben hat. Krause wies A. aus, daß Judenstolten-Broschüre nach, daß er (Ahlwardt) selbst von der Unwahrheit seiner Behauptungen überzeugt gewesen sei, da er darin schreibe, er wisse, daß er nach Veröffentlichung der Broschüre entweder ins Buchthaus oder ins Irrenhaus gebracht werden würde. Das habe die Konservativen in Arnswalde nicht abgehalten, Ahlwardt in den Reichstag zu wählen, die liberale

Kein Land den Deutschen!

(Von unserem Korrespondenten.)

Riga, 24. Febr.

Vor kurzem bemerkte ich im politischen Theil der Zeitung, daß in einem Kreise des Gouvernementes Jekaterinoslaw die russischen Männer den örtlichen Verwaltungsaufgaben ein Bittgesuch doraufhin eingereicht haben, den deutschen Kolonisten das Recht, Land zu erwerben, zu entziehen oder auf ein Minimum zu beschränken. Dieses Bittgesuch hat offenes Herz und Ohr gefunden und es hat eine weitgehende Wirkung ausgeübt.

Hierüber sind jetzt erschöpfende Daten in die Öffentlichkeit gelangt.

Vorab ist zu bemerken, daß die fragliche Petition auch von anregendem Einfluß auf manche weitere Landgebiete gewesen ist, denn mehrere Adelsfraktionen und Landesfürsten da und dort haben ihre Eier zu einem Versuch ähnlichen Auftretens wider deutscherseitige Bodenerwerbung fertig gelegt.

Das bekannte Bittgesuch wurde neulich von der Jekaterinoslawischen Landschaftsversammlung einer Berathung unterzogen und sie ward förmlich ein Bündel für all die braven patriotischen Herzen. Wenn schon in dem Bittgesuch der Überwitz genug seine Bocksprünge in Wunsch und Motivierung machte, die Herren Landschaftsbeamten ließen ihren Schärfsinn doch noch alles besser wissen und auslegen. Es hieß, die Nemzi (Deutschen) mächtten nichts anderes auf russischer Erde, als Bodeneroberungen; Jahr auf Jahr erweiterten sie ihren Grundbesitz, so daß ehemalige deutsche Bauernhöfe mit der Zeit zu beträchtlichen Landgütern herangewachsen sind. Und solches ist auftreffend nicht nur für die Nemzi, die russische Unterthanen geworden sind, sondern auch für die ausländischen. Die Deutschen sollen wahrhaft freveln gegen russische Landwirthe: sie sollen Landstriche rund um die russischen Dörfer ankaufen und dann eine Art Belagerung ausrichten. Wer da im Kreise drin ist, Gott gnade ihm! Er würde durch allerlei Chikanen gepeinigt, wie beispielweise dadurch, daß man ihm, wenn möglich, die Ausgangswege absperre, daß man seine Haushalte aus der Enge nicht herauslässe, daß man selbst seine — Hühner verfolge, falls sie aus dem russischen Gebiet herausgerathen sind. Das Leitmotiv zu den angeblichen Bedrückungen sei den Deutschen der Hassfeindschaft und die Gewinnsucht. Da den also eingekreisten russischen Bauern das Leben total vergällt würde, schlügen sie ihre Besitzlichkeiten zum ersten besten Preiss los und die Käufer seien dann immer die belagernden Deutschen selbst. So hätten diese billig

wieder Erwerbungen gemacht. Den um ihren Besitz gekommenen Russen bleibe dann nichts übrig, als irgendwohin auszuwandern oder am Orte Knechte bei den Deutschen zu werden. Es hieße dann: seinen Rücken krümmen und hübsch die Mütze abnehmen vor den „Herren Nemzen“, die auf dem Berge stehen. Wächter könne ein in geschildeter Art um seinen Hof gebrachter russischer Bauer bei den Deutschen nicht werden, trotzdem diese häufig mehrere Tausend Drossätzen Boden besäßen, denn einem Russen verpachteten die Deutschen grundlos nichts.

So ein Haberdrüben, das den Deutschen zur Last gelegt wird, klingt sehr viel nach Erfindung. Wir wollen in den Grenzen der natürlichen Vernunft annehmen, daß seitens der Deutschen vielleicht mehr als einmal ein Fall solcher Bergewaltigung russischen Bauern gegenüber vorgekommen sein könnte, aber da hat die Jekaterinoslawische Landschaftsversammlung aus einer Nichtigkeit Gespenster gemacht. Was Wunder, wenn man es machen will, hat ja Gott aus Nichts auch eine ganze Welt gemacht.

Sehen wir, was die Landschaftsversammlung weiter aus dem Schuhfack ihrer Beobachtungen auspackte und definierte. Die russischen Bauern wären nämlich nicht im Stande oder würden schwer im Stande sein, bezüglich der Bewehrung und Erweiterung des Landbesitzes mit den deutschen Kolonisten zu konkurrieren. Das wäre also die eine Thatsache, nun kommt die andere mit ihrem blauen Wunder. Die Deutschen hätten eben Geld, die Russen keins. Die Deutschen hätten aus den angeborenen Schollen von Anfang an gute Früchte für die Reserve gezogen, bei den Russen wäre alles zum Teufel gegangen. Und mithin ständen auf der einen Seite erledliche Kapitalien und auf der anderen Seite stände nichts. Für russische Bauern standen zwar die Agrarbanken zur Verfügung, doch ein Segen könne daraus nicht kommen, denn erstens gewähren die Agrarbanken den Bauern einen sehr beschränkten Kredit und zweitens — und daran liegt es wohl am meisten — müssen die Bauern den Banken für die Darlehen Zinsen zahlen. Ja, die Zinsen! Es ist so häßlich in der Welt eingerichtet.

Wer ist nun aber schuld daran, daß die russischen Bauern unvermögend, überhaupt Nichtsnutzige sind? Es wäre kein Schade gewesen, wenn die Landschaftsversammlung diese Frage auch in Erörterung gezogen hätte.

Das Beste soll noch kommen. Staune, Europa! Die Landschaftsversammlung soll befunden haben, sie hätte bei gebörigter Beobachtung die unzweckhafte Wahrnehmung gemacht, daß die deutschen Kolonisten außer ihren eigenen Kapitalien noch — inter-

nationale Fonds zur Verfügung hätten. Internationale Geldgruben! In Deutschland sollen sie liegen. Damit wäre ein ganzer Happen politischer Intrigue mit im Spiel. Die Landankaufe für aus den geheimen Fonds erhaltenen Summen geschäben auch augenscheinlich systematisch, akkurat planmäßig, nicht anders, als wenn es „vordiktirt“ sei. Ich führe den Leser nicht weiter in diese Szenarien ein, dem Weisen ist auch Weniges genug.

Bei all ihrem rechtmäßigen und zugestellten Golde hätten die deutschen Kolonisten aber auch noch die Möglichkeit, aus den russischen Agrarbanken Gelder gegen ihre Besitzungen aufzunehmen, um damit natürlich weiter Landereien an sich zu reißen. So trage Russland selbst dazu bei, daß sein Volk in seinen Interessen geschädigt werde. Wo russische Bauern befuß Landankaufe mit Gutsherren in Unterhandlung trüten, da lämen aber wieder die Deutschen, böten mehr Geld, verschließen dadurch den russischen Handel und brächten das Land an sich.

In welch einem großen Maße der deutsche Landbesitz im Jekaterinoslawischen Landkreise zugewonnen hat, gab die Landschaftsversammlung aus statistischen Daten zu erleben. Danach gehörte den deutschen Gesellschaften und den einzelhaften deutschen Kolonisten im Jahre 1891 39 000 Drossätzen Land, jedoch 25 Jahre später haben die Deutschen bereits fünfmal so viel Areal in ihrem Eigentum gehabt. Das in einem einzigen Kreise. Man befürchtete gar, daß dieser Landkreis in Zukunft, d. h. um einige 30 Jahre ganz germanisiert sein könnte, also ein Stück Deutschland darstellen würde.

Auf Grund all jener Auffstellungen und Erwägungen, welche die Eingangs erwähnte Broschüre direkt veranlaßt hatte, wandte sich die Jekaterinoslawische Landschaftsversammlung an das Ministerium des Innern um Hilfe gegen die deutsche Unterjochung. Es wird nichts weniger erbetteln, als daß den von auswärts in einige namhaft gemachte Jekaterinoslawische Landkreise einkommenden Deutschen Landverwerbung gänzlich unterlagt und daß den bereits ansässigen deutschen Kolonisten verboten werde, mehr als 10 Deihl pro Mannesseele weiter anzukaufen. Das heldenhafte Beispiel der Landschaftsversammlung antirzte die Jekaterinoslawische Gouvernements-Adelsfürschaft dasselbe zu thun, eigentlich noch weit mehr zu thun. Die Adelsfürschaft richtete zu gleicher Zeit auch eine Broschüre an die Regierung mit dem Erlichen, eine Einschränkung, bzw. ein Verbot deutscher Landverwerbs lieber gleich über das ganze Gouvernement Jekaterinoslaw zu verfügen. Wenn schon, dann schon.

Partei gönne den Konservativen Ahlwardt voll und ganz. Herr Krause fand lebhaften Beifall in der Versammlung, während die Entgegnungen Ahlwards platt zu Boden fielen. Die Neuerungen eines Geistlichen, er werde, obgleich auf anderem Standpunkte stehend, auch in der Sichtwahl für Hertwig stimmen, erregten große Misbilligung. Zum Schlus wären es zwischen dem Antisemiten-Agitor Werner, der nächst Ahlwardt in höchster aufmüppiger Weise geschimpft hatte, und einigen Einwohnern von Rüstern fast zum Konflikt gekommen und gewann es den Anschein, daß schließlich die antisemitischen Herren froh waren, daß sie ungestört davon kamen. — In seiner Rede in Viegnitz hattisch Ahlwardt, wie hier noch bemerkt sein mag, zu der Behauptung versteigten, selbst der Kaiser sei in der Ausübung seiner Herrscherrechte durch die Macht der Juden beschränkt!

Aus dem Gerichtsaal.

O Thorn. 1. März. [Wegen Betruges] hatte sich heute vor der Strafkammer der frühere Subdirektor der National-Bieh.-Versicherungs-Gesellschaft zu Kassel, jetzige Kaufmann Alwin Banziger, ca. 13 Jahre Buchhaus und über 1 Jahr Gefängnis, mußte derselbe auf der Anklagebank zugeben. Trotzdem hat er 1888/89 das Amt eines Subdirektors der genannten Gesellschaft besetzt. Als solcher bestellte er auch den Kreis Kulm und schloß dort bei mehreren Gutsbesitzern Bieh.-Versicherungen ab. Dabei legte er Prospekte vor, auf denen hervorgehoben, daß keine Nachschüpprämiere von der Gesellschaft erhoben würden; ferner versicherte er einigen Herren, die Prämie betrage 1 Prozent, anderem $2\frac{1}{2}$, höchstens 3 Prozent. Daraufhin unterzeichnete die Landwirthe vertrauensvoll die Versicherungsanträge, ohne dieselben gelesen zu haben. Die meisten wußten gar nicht einmal, daß es sich um eine Gegenseitigkeits-Gesellschaft handele und waren daher höchst erstaunt, als sie bald Prämien in Höhe von 6 Prozent und mehr entrichten sollten. Einige weigerten sich, ließen es auf gerichtliche Klagen ankommen und — verloren die kostspieligen Prozeße, weil sie sich durch die Versicherungsanträge nicht zu festen, sondern zu Prämien verpflichtet hatten, die nach dem jedesmaligen Geschäftsergebnis der Gesellschaft berechnet wurden. Auf diese Weise erlitten einzelne Gutsbesitzer Verluste gegen 3000 M. Nach der Anklage soll Banziger sich des Betruges dadurch schuldig gemacht haben, daß er bei den Gutsbesitzern einen Irrthum über die Tragweite der unterzeichneten Versicherungsanträge veranlaßte, um sich einen Vermögensvorhell zu verschaffen; denn er bezog von den gezahlten Prämien 15 bis 20 Prozent Provision. Durch die Zeugenvorlesung wurde die Schuld des Angeklagten in 6 Fällen erwiesen. Einem Zeugen, der Zweifel äußerte, daß die Gesellschaft mit der niedrigen Prämie von 1 Prozent nicht bestehen könne, hat der Angeklagte erwidert, daß ginge ihm nichts an, und in einem anderen Falle sagte er, die Gesellschaft sei so gut fundiert, daß sie keine Nachschüpprämiere erheben dürfe. Alle Zeugen erklärten, daß sie keine Versicherung beantragt, wenn sie gewußt hätten, daß sie nicht seite, sondern Prämien nach Höhe des Bedarfs zahlen sollten. Der Gerichtshof erkannte wegen Betruges in sechs Fällen auf zwei Jahre Gefängnis und Ehrverlust.

Vermischtes.

Aus der Reichshauptstadt. 2. März. Der Ballon "Humboldt" ist gestern um 11 Uhr Nachmittags bei Bussow nächst Naugard in Pommern, etwa 175 Kilometer in Luftlinie von Berlin entfernt, gelandet. Er hat eine Maximalhöhe von 5000 Metern erreicht. Leider ist bei der Landung Professor Ahmann an den Beinen verletzt worden. Von den bei der Aufsicht gestern früh mit Piloten ausgelösten Postkarten sind drei bei dem meteorologischen Institute im Laufe des heutigen Vormittags angekommen. Die eine, die um 6 Uhr Morgens die Luftreise antrat, wurde auf der Stralsunder Landzunge gefunden, eine zweite um 8 Uhr aus Charlottenburg abgegangene Karte wurde bei Steppen, eine dritte um 11 Uhr Vormittags auf demselben Wege abgesandte Karte ist bei Strelitz gefunden worden. Das Zivilministerium des Kaisers erhält von jeder über den Verlauf der Ballonfahrt ankomenden Nachricht sofort Bescheid. — Nach weiteren Mitteilungen erlitt der Professor Ahmann beim Aussteigen aus dem Luftballon "Humboldt" dadurch einen Beinbruch, daß die Gondel während des Aussteigens Ahmanns kippte. Im Übrigen ist die Fahrt glatt verlaufen.

Der seit Freitag voriger Woche von dem Bahnhof Groß-Lichterfelde (Anhalter Bahn) verschwunden gewesene Bahnhofsinsektor Sachler ist in starkem Zustande dort wieder eingetroffen. Als am Dienstag spät Abends ein auf dem Bahnhof beschäftigter Arbeiter nach Schlüssel des Lokalverlehrs an dem Hauptgebäude vorbeiging, bemerkte er auf der Steintreppe an den Eingangstür einen Mann sitzen, den er für einen Fremden hielt. Er trat näher heran und verlachte ihn aufzurütteln. Da er aber keine Antwort erhielt, so leuchtete er dem Mann in das Gesicht und erkannte seinen Inspektor, dessen Hände völlig falt waren und der kein Wort hervorzubringen vermochte. Man trug den Kranken in die Wohnung, wo er noch jetzt bedenklich darniedergestiegen. Was mit ihm geschehen ist und wo er sich aufgehalten hat, ist bis jetzt unaufgeklärt.

Lokales.

Posen. 3. März.

p. Die Wärthe ist über Nacht auf 3,88 Mtr. über Null gestiegen, und das Wasser dringt in Folge dessen immer weiter in die unteren Stadttheile. Wie schon erwähnt, ist es namentlich die Sandstraße, die zunächst bedroht ist. Die Einwohner treffen denn auch Vorkehrungen, um in die oberen Räume der Häuser flüchten zu können. Von der Parterre-Wohnung des unten liegenden Eshauses steht das Wasser z. B. nur noch wenige Zentimeter ab.

r. **Vakante Stellen für Militärarbeiter im Bezirk des V. Armeeförts:** Sofort beim Eisenbahn-Betriebsamt Görlitz 25 Stellen im Fahrtdienst (Bremser beziehungsweise Schaffner); im Schaffnerdienst beim Eintritt je 840 M. jährlich; nach 6 Monaten 900 M. jährlich; bei der etatsmäßigen Anstellung ein Gehalt von 900 M., welches in 18 Jahren auf 1200 M. steigt; außerdem der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß und die reglementsäßigen Fahr- und Nachtgelder; im Bremerdienst: beim Eintritt 800 M. jährlich; außerdem bei der etatsmäßigen Anstellung der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß und die reglementsäßigen Fahr- und Nachtgelder; das Gehalt steigt in 24 Jahren bis auf 1200 M. jährlich. — Sofort beim Magistrat von Bautzen die Stelle eines Stadt-Sekretärs mit 900 M. jährlich.

Telegraphische Nachrichten.

Wien. 2. März. [Abgeordnetenhaus.] Im Laufe der Berathung über das Budget begründete der Handelsminister die Verzögerung des Abschlusses eines Handelsvertrags mit Serbien hauptsächlich mit dem Systemwechsel in Serbien. Mitt Spanien und Portugal hoffte er ebenfalls in nicht allzu ferner Zeit zu einem

Vertragsabschluß zu gelangen. Der Zollkrieg mit Rumänien habe aufgehört, der Export habe sich bereits gehoben; es sei wünschenswert, daß gegenwärtige Verhältnisse in ein vertragsmäßiges umzuwandeln. In Betreff der umlaufenden Nachrichten über deutsch-russische Handelsvertrags-Verhandlungen erklärte der Handelsminister, dergleichen Nachrichten seien in früheren Jahren einem intensiven Missbrauch begegnet, diesmal sänden sie aber Glauben noch vor der autoritativen Bekämpfung, weil einerseits das deutsche Reich durch die Differenzialität der Getreidezölle über ein wichtiges Moment gegenüber Russland verfüge und andererseits in den abgeschlossenen Handelsverträgen keine weitere Verpflichtung übernommen habe. Der Minister verwies auf die bereits bei der Berathung der Handelsverträge abgegebenen Erklärungen. Ein vertragsmäßiges Recht auf das Fortbestehen der Differenzialzölle habe Österreich nicht. Er bedauerte und mißbilligte sehr entschieden die Behauptung des Abg. Kaiser, welcher der deutschen Regierung den Vorwurf einer illoyalen Handelspolitik gemacht habe. Die Handelsverträge hätten ein pragmatisches System differenter Behandlung nicht statuiren wollen. (Lebhafter Beifall.)

Wien. 2. März. Im Abgeordnetenhaus brachte der Abgeordnete Dobhamer eine Interpellation an den Minister des Innern darüber ein, ob der selbe geneigt sei, mit Bayern resp. Deutschland wegen der in Bayern verfügbaren Grenzsperrre in Verhandlung zu treten, damit Oberösterreich in zwei Seuchenraobs getheilt werde, indem das Gerücht, daß in ganz Oberösterreich die Lungenseuche herrsche, unbegründet sei.

Bpest. 1. März. Die "Budapest Korrespondenz" demonstriert die Meldung, daß der Leiter der Betriebsdirektion der ungarischen Staatsbahnen Polonydy nach Deutschland gereist sei, um Lokomotiven zu borgen. Auch die Klagen über rückständige Getreidetransporte auf den ungarischen Staatsbahnen seien ungerechtfertigt.

Petersburg. 2. März. Nach amtlicher Veröffentlichung sind die Eisenbahntarife für den Export von Hanf, Lein und ähnlichen Produkten über die Westgrenze des Landes, welche mit dem gestrigen Tage außer Geltung treten sollten, bis zum 1. April a. St. (13. April n. St.) verlängert.

Wie verlautet, ist dem Reichstage eine Gesetzesvorlage wegen Abschaffung der körperlichen Züchtigung weiblicher Deportirter für Disziplinar-Vergehen zugegangen.

Kopenhagen. 2. März. Das Volketing genehmigte heute mit 69 gegen 17 Stimmen das gesamte Budget.

Die drei Tage hindurch unternommenen Versuche, daß Sondeis zu durchbrechen, sind heute Nachmittag gelungen. Der Eisbrecher "Thor" aus Helsingör und der Eisbrecher "Kattegat" aus Kopenhagen begegneten sich bei Taarbæk, wodurch die Eisbrecher-Verbindung zwischen Helsingör und Kopenhagen ermöglicht ist.

Rom. 2. März. Der Papst, welcher heute sein 83. Lebensjahr vollendet, begab sich zur Entgegnahme der Glückwünsche des Kardinal-Kollegiums nach dem Thronsaale. Der Kardinal Monaco Va Valetta gab den Glückwünschen der im Saale versammelten Kardinäle Ausdruck. Der Papst antwortete hierauf, indem er in herzlichen Worten der glänzenden Festlichkeiten gedachte, welche aus Anlaß seines Bischofsjubiläums namentlich in Rom begangen worden seien. Der Papst fuhr sodann fort, dies lasse den Ruhm der Kirche hervortreten und erwecke glücklicherweise neue Hoffnungen. Inmitten sozialer Enttäuschungen drängte der Instinkt das Volk, sich zum gemeinsamen Heile im Schoße der Kirche eng aneinander zu schließen, wo es Rettung finde. Es dränge das Volk, an diesem Grundsteinen festzuhalten, ohne welchen es weder eine Gerechtigkeit noch eine Grundlage der Ordnung gebe.

Paris. 1. März. Nach amtlichem Ausweis überstiegen in der letzten Woche des Februar die Rücknahmen aus den Staatsparksassen die Einlagen um 25 Millionen Francs.

Paris. 2. März. [Députiertenkammer.] Der Justizminister Bourgeois erklärte auf eine Anfrage, er wisse nicht, auf welche Weise der "Figaro" in den Besitz der neuerdings von ihm veröffentlichten Schriftstücke gelangt sei. Der "Figaro" werde dem Gesetz gemäß zur gerichtlichen Verfolgung gezogen werden. Die Kammer begann darauf die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Liquidation der Panama-Gesellschaft, welcher bezweckt, alle Beteiligten durch einen gerichtlich ernannten Mandatar bei jeder die Interessen der Aktionäre und Inhaber von Obligationen betreibenden Klage vertreten zu lassen. Nachdem mehrere Artikel unter Annahme verschiedener von der Regierung gewünschter Änderungen, darunter derjenigen, wonach das Gesetz nur auf die Inhaber von Panama-Obligationen anwendbar sein soll, genehmigt worden waren, wurde die Fortsetzung der Berathung auf Sonnabend vertagt.

Im Senat brachte heute die Regierung eine Vorlage ein, in welcher für die Besetzung von Dahomey ein Kredit in Höhe von 6230000 Frs. gefordert wird.

Paris. 2. März. In Folge der Veröffentlichung der Verhörsprotokolle beschäftigt sich die Presse wieder lebhafter mit der Panamaaffäre. Clémenceau erklärt im Journal "Justice", die Intervention bei Lévesque sei erwiesenermassen nach der Botirung des Emissionsgesetzes erfolgt, er wirft dem "Figaro" Fälschungen vor und greift Magnard unter deutlicher Anspielung auf seine Verwicklung in die Panamaaffäre persönlich an. Dem "Intransigeant" zufolge ließ Floquet die aus den Panamageldern herrührenden 300000 Francs den Redakteuren des "Paris" und "Radical" zukommen. Der Herausgeber des "Figaro" erhielt eine gerichtliche Vorladung wegen unerlaubter Veröffentlichung gerichtlicher Urkunden.

Paris. 2. März. Der Marineminister Rieunier theilte dem Kabinetsrath eine Depesche des Generals Dodds mit, welcher der Ansicht ist, daß so lange König Behanzin nicht vollständig besiegt sei, in Dahomey noch 15 Kompanien, außerdem bei der etatsmäßigen Anstellung der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß und die reglementsäßigen Fahr- und Nachtgelder; das Gehalt steigt in 24 Jahren bis auf 1200 M. jährlich. — Sofort beim Magistrat von Bautzen die Stelle eines Stadt-Sekretärs mit 900 M. jährlich.

Euremberg. 2. März. Nach amtlicher Mittheilung hat sich der Erbgroßherzog Wilhelm mit der Prinzessin Anna von Braganza verlobt.

Madrid. 1. März. In einer Konferenz des Finanzministers mit den Syndicis der Wechselagenten von Madrid

erklärte der Minister, dem von der letzten Kammer genehmigten Gesetze gemäß werde die Börsensteuer in Spanien demnächst zur Anwendung gebracht werden.

London. 1. März. Der hiesige brasiliatische Gesandte bezeichnet die New Yorker Nachrichten über angebliche Schwierigkeiten zwischen Brasilien und Argentinien als unbegründet; es seien keinerlei Vorstellungen seitens der argentinischen Regierung in Rio de Janeiro erfolgt. Auch die Meldungen über eine Niederlage der Bundesstruppen und den Übertritt von Bundesstruppen zu den Aufständischen seien unbegründet.

London. 2. März. Die Peruanische Gesellschaft erhielt ein Telegramm, wonach die Peruanische Regierung derselben 5000 Pfund als erste Rate auf die Anuität von 80000 Pfund auszahlte. Die Gesellschaft beschloß, diese monatliche Zahlung entgegenzunehmen, bis die Frage betreffend die Umwandlung der Steuern auf den Besitz der Gesellschaft gelöst sei.

Sofia. 1. März. Der Gesundheitsrat hat Österreich-Ungarn für cholerafrei erklärt und alle Gesundheitsmaßregeln Österreich gegenüber aufgehoben.

Belgrad. 2. März. Die Pensionierung des Generals Gruic hat in den Kreisen der Radikalen um so mehr Beifürzung hervorgerufen, als unmittelbar vorher das Gerücht einer Ministerkrise verbreitet war, dessen Unrichtigkeit sich allerdings baldigst herausstellte.

Belgrad. 2. März. In unterrichteten Kreisen wird die Nachricht von Verhandlungen der Regierung mit dem pensionierten General Gruic für grundlos erklärt.

Washington. 1. März. In der Repräsentantenkammer erfolgte heute die Abstimmung über die Abänderungsanträge des Senats zu dem Gesetzentwurf gegen den Terminhandel in landwirtschaftlichen Produkten und Mineralien. Für die Amendements stimmten 172 Mitglieder, dagegen 123; da die Majorität jedoch nicht zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beträgt, so sind die Amendements als abgelehnt zu betrachten.

Newyork. 1. März. Wie der "New-York Herald" aus Guatemala meldet, ist das Thal des Campidan überschwemmt. 6 Dörfer sind zerstört; gegen 100 Personen sollen das Leben eingebüßt haben.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	Wind.	Wetter.	Tem. Gra.
Stunde	66 m Seehöhe.			
2. Nachm.	750,6	SW mäßig	trübe	+11,0
2. Abends	750,8	W mäßig	bedeckt	+ 7,0
3. Morgs.	749,2	N stark	bedeckt	+ 4,0
¹) Vor- und Nachmittags Regen.		²) Früh Regen und starker Nebel.		
Am 2. März	Wärme-Maximum	+ 11,5° Cel.		
Am 2.	Wärme-Minimum	+ 1,2°		

Wasserstand der Warthe.

Posen,	am 2. März Morgens 3,80 Meter
= 2.	Mittags 3,80
= 3.	Morgens 3,88

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau. 2. März. (Schlußkurie.) Schwach.
Neue Börs. Reichsanleihe 87,90, 7, proz. L.-Pfandbr. 98,80, Konf. Türkei 22,05, Türkei 94,00, 4proz. ung. Goldrente 97,50, Bri. St. Diskontobank 99,50 Breslauer Bank 98,00, Kreditkasse 183,60, Schles. Bankverein 117,5. Donnersmarckhütte 92,25, Föhren Maschinenbau —, Katowitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 124,00, Oberschles. Eisenbahn 54,25, Oberschles. Portland-Zement 72,00, Schles. Cement 125,25, Oppeln-Zement 91,25, Schles. D. Zement —, Kramsta 134,00, Schles. Zinskasse 181,00, Laurahütte 107,25 Verein. Oelsfabr. 92,00, Oesterreich. Banknoten 168,60 Russ. Banknoten 214,50, Giesege Zement 79,00, 4proz. Ungarische Kronenarie 94,65.

Frankfurt a. M. 2. März. (Schlußkurie.) Matt.
Lond. Wechsel 20,44, 3proz. Reichsanleihe 87,85, öster. Silberrente 79,10, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Papierrente 83,10, do. 4proz. Goldrente 99,10, 1860er Rose 128,60, 4proz. ung. Goldrente 97,40, Italienei 93,20, 1880er Russen —, 3. Oriental. 69,40, unif. Egypfer 100,00, türk. Türkei 22,10, 4proz. türk. Uni. —, 3proz. port. Uni. 21,80, 3proz. Schles. Rente 80,30, 5proz. amore Rumäniens 98,50, 6proz. Konf. Mex. 81,30, Böhm. Westbahn 315, Völk. Nordb. 163, Franzosen —, Galizier —, Gotthardbahn 155,40, Lombarden 92%, Lübeck-Büchen 139,90, Nordwestbahn —, Kreuzfahrt 285, Darmstädter 142,80 Mitteld. Kredit 100,80, Reichsb. 150,10, Dist. Kommandit 191,60, Laurahütte 106,9.

Petersburg. 2. März. Wechsel auf London 94,80, Russ. 1. Oriental. 102%, do. III. Oriental. 104%, do. Bank für ausw. Handel 285, Petersburger Diskonto-Bank

Hamburg, 2. März. Getreidemarkt. Weizen loto ruhig holsteiner loto neuer 152—156. — Roggen loto ruhig. mecklen. loto neuer 132—134, russischer loto ruhig, transito 108 nom. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübel (unverzollt) still, loto 53. — Spiritus loto ruhig, ver März 23 Br., ver März-April 22^{1/2} Br., ver April-May 22^{1/2} Br., ver Mai-Juni 22^{1/2} Br.— Kaffee ruhig. Umsatz — Sad. — Petroleum loto fest, Standard white loto 5,20 Br., ver August-Dezember 5,15 Br. — Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 2. März. Kaffee. (Schlussbericht). Good average Santos ver März 84^{1/2}, ver Mai 82^{1/2}, ver Sept. 82^{1/2}, ver Dez. 80^{1/2}. Behauptet.

Hamburg, 2. März. Budermarkt. (Schlussbericht.) Rübner-Rohzucker I. Produkt Basis 88 v.C. Rendement neue Wance, frei an Bord Hamburg per März 14,02^{1/2}, per Mai 14,27^{1/2}, per Sept. 14,30, per Dez. 12,97^{1/2}. Behauptet.

Pest. 2. März. Produktenmarkt. Weizen ruhig, per Frühjahr 7,36 Gd., 7,38 Br., per Herbst 7,40 Gd., 7,42 Br. Hafer ver Frühjahr 5,61 Gd., 5,63 Br. Mais ver Mai-Juni 4,72 Gd. 4,73 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,80 Gd., 11,85 Br. — Rogen.

Paris, 2. März. Getreidemarkt. (Schluss.) Weizen ruhig, p. März 21,30, p. April 21,60, p. Mai-Juni 21,50, p. Mai-August 22,00. — Roggen ruhig, ver März 13,70, ver Mai-August 14,20. — Mehl ruhig, ver März 47,30, ver April 47,60, p. März-Juni 48,10, ver Mai-August 48,40. — Rübel matt, ver März 58,75, ver April 59,00, per Mai-August 60,00, p. Sept.-Dez. 60,25. — Spiritus beh., ver März 47,50, per April 47,50, p. Mai-August 47,50, ver Sept.-Dez. 43,75. — Wetter: Schön.

Paris, 2. März. (Schluss.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loto 32,25, Weizen Buder fest, Nr. 3, per 100 Kilogramm per März 40,12^{1/2}, ver April 40,37^{1/2}, ver Mai-August 40,87^{1/2}, ver Ott.-Dez. 36,75.

Havre, 2. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Basis. Rio 5000 Sad, Santos 8000 Sad Rezettes für gestern.

Havre, 2. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Biegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 105,50, per Mai 103,25, p. Sept. 103,00. Ruhig.

Amsterdam, 2. März. Banczazinn 55^{1/2}.

Amsterdam, 2. März. Java-Kaffee good ordinary 55.

Amsterdam, 2. März. Getreidemarkt. Weizen per März 169, per Mai 173. — Roggen p. März 128, per Mai 126.

Antwerpen, 2. März. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste ruhig.

Antwerpen, 2. März. (Telegr. der Herren Willens und Co.) Wolle. La Blata-Bug, Type B, März 4,55 bez. Juli 4,70 Käufers.

Antwerpen, 2. März. Petroleummarkt (Schlussbericht) stat. fixes Type weiss loto 12^{1/2} bez. und Br. per Febr. 12^{1/2} Br., p. März-April 12^{1/2} Br., ver Sept.-Dez. 12^{1/2} Br. Fest.

London, 2. März. 96 v.C. Tabazader loto 16^{1/2}, ruhig, Rübner-Rohzucker loto 14 ruhig. Wetter: —.

London, 2. März. Chili-Kupfer 45^{1/2}, per 3 Monat 46^{1/2}.

London, 2. März. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten.

— Wetter: Bedeckt.

Glasgow, 2. März. Roheisen. (Schluss.) Mixed numbers warrants 40 lb. 6 d.

Liverpool, 2. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 B Amerikaner fest, 1/16 höher, Surats ruhig.

Middl. american. Lieferungen: März-April 4^{1/2}, Mai-Juni 4^{2/2}, Juli-August 4^{3/2}, Sept.-Okt. 4^{5/2} d. Alles Käuferpreis.

Liverpool, 2. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 6 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Middl. american. Lieferungen: März-April 4^{2/2}, Käuferpreis, April-May 5^{1/2}, Käuferpreis, Mai-Juni 4^{2/2} do. Juni-Juli 4^{2/2} do., Juli-August 4^{1/2} do., August-September

4^{1/2}, Käuferpreis, Septbr.-Okt. 4^{1/2} do., Ott.-Nov. 4^{2/2} d. Käuferpreis.

Liverpool, 2. März. (Offizielle Rottungen.) Amerikaner good ordinary 4^{1/2}, do. low middling 4^{1/2}, Amerikaner middling 5^{1/2}, middling fair 5^{1/2}, Bernam fair 5^{1/2}, do. good fair 5^{1/2}, Ceare fair 5^{1/2}, do. good fair 5^{1/2}, Egyptian brown fair 5^{1/2}, fair 5^{1/2}, do. do. good 5^{1/2}, Peru rough fair —, do. do. good fair 6^{1/2}, do. do. good 6^{1/2}, do. smooth fair 5^{1/2}, do. do. good fair 5^{1/2}, M. C. Broach good 4^{1/2}, do. fine 5^{1/2}, Dholera good 4^{1/2}, do. fully good 4^{1/2}, do. fine 4^{1/2}, Domra good 4^{1/2}, do. fully good 4^{1/2}, do. fine 4^{1/2}, Scinde good fair —, do. good 4^{1/2}, Bengal fully good 4^{1/2}, do. fine 4^{1/2}.

Newyork, 1. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9^{1/2}, do. in New-Orleans 8^{1/2}. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Röhes Petroleum in New-York 5,55, do. Pipeline Certificates, pr. April 64. Stetig. Schmalz loto 13,00, do. Rohe u. Brothers 13,25. Buder (Fair refining Muscovad.) 3. Mais (New) p. März 51^{1/2}, o. Mai 50^{1/2}, p. Juli 50^{1/2}. Rother Winterweizen 110 77^{1/2}. Kaffee Rio Ar. 7, 18. Mehl (Spring clear) 2,65. Getreidebrüder 1^{1/2}. — Kupfer 12,00 nom. Rother Weizen ver März 76^{1/2}, ver April 77^{1/2}, ver Mai 78^{1/2}, ver Juli 80^{1/2}. Kaffee Nr. 7 low ord. p. April 17,90, p. Juni 16,65.

Chicago, 1. März. Weizen per März. 72^{1/2}, ver Mai 75^{1/2}, Mais per März 40. Spec short clear 10,50. Pork per März 18,12^{1/2}.

Newyork, 2. März. Weizen pr. März 77^{1/2}, C. pr. April 79 C.

Berlin, 3. März. Wetter: Regen.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 2. März. Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und mit zum Theil etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplänen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber bejedere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft Anfangs ruhig, gestaltete sich aber später lebhafter. Nach einer kurzen Befestigung der Tendenz trat aufs Neue eine allgemeine Ermattung ein und die Kurse büßten infolge belangreicher Realisierungen zum Theil sehr erheblich ein. Der Kapitalmarkt wies feste Gesamtbalanz für heimische solide Anlagen auf bei mäßigen Umläufen; Deutsche Reichs- und Preußische lonsol. Anleihen behauptet, 3 proz. seiter. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren im Allgemeinen ziemlich fest; Italiener behauptet. Ungarische 4 proz. Goldrente nach schwacher Eröffnung bestätigt. Orientalethe schwach, Russische Noten schwankend. Der Privatdiskont wurde mit 1^{1/2} Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet ließen Österr. Kreditaktien etwas schwächer ein und schlossen nach einer Befestigung wieder matter; Lombarden wenig verändert, Buschfehrer fest, andere Österreichische Bahnen behauptet und ruhig, Gotthardbahn ziemlich fest, andere Schweizerische Bahnen behauptet. Inländische Bahnen abgeschwächt, namentlich Lübeck-Büchen matter. Bankaktien in den Kassawerthen behauptet; die spekulativen Devisen lebhafter und unter Schwankungen nachgebend. Industriepapiere nur vereinzelt lebhafter und zumeist ziemlich behauptet; Montanwerthe schließlich matt.

Produkten-Börse.

Berlin, 2. März. Die Preise für Weizen gaben gestern in Newyork ferner nach. Hier war der Markt heute trocken fest, indem sich Dedungslust bei der Blaschkopulation zeigte und die Waaren-Angebote von außerhalb kleiner waren. Weizen konnte sich bei stilllem Geschäft behaupten. In Roggen war der Verkehr mäßig belebt; die Preise waren anfänglich erheblich höher als gestern, schwächten sich dann aber etwas ab. Hafer blieb bei stilllem Geschäft unverändert. Roggenmehl fest bei einigen Umläufen. Rübel büßte bei schwacher Haltung 30 Pfennig ein. In Spiritus war die Volumenzuflöhr nur mäßig und wurde zu

um 10 Pfennig niedrigeren Preisen schlank aufgenommen. Terme still und 20 Pfennig billiger.

Weizen (mit Auschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilo gr. Loto still. Termine still. Gefündigt 100 Tonnen. Kündigungspreis 151,5 M. Loto 140—156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M. bei diesen Monat —, ver März-April —, ver April-May 153,25—153,5—153 bez., ver Mai-Juni 154, bez., ver Juni-Juli 156 bez., ver Juli-August 157 bez., ver Sept.-Okt. 158,5 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. Loto geringer Umsatz. Termine fest. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Loto 124—134 M. nach Qualit. Lieferungsqualität 129 M., inländischer guter 129—130, etwas flammer 125—126 M., ver diesen Monat —, ver März-April 131 bez., ver April-May 133—132,75 133,5—133,25 bez., ver Mai-Juni 134,5—134,25—135—134,75 bez., ver Juni-Juli 135,75—135,5—136,5—136,25 bez., ver Juli-August 137—137,25 bez.

Geiste per 1000 Kilo gr. Matter. Große und kleine 138 bis 175, Futtergerste 115—135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilo. Loto schwach behauptet. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loto 139—157 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 141 M. Bonnerischer mittel bis guter 140—143 bez., feiner 144—148 bez., preußischer mittel bis guter 140—143 bez., feiner 144—148 bez., schlechter mittel bis guter 141—144 bez., feiner 145—149 bez., ver diesen Monat —, ver März-April —, ver April-May 140,5—141,5 bez., ver Juni-Juli 142 M.

Mais per 1000 Kilo. Loto stark offiziert. Termine matt. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loto 113—126 M. nach Qual. der diesen Monat —, ver März-April —, ver April-May 109,75—109,25 bez., ver Mai-Juni —, ver Juni-Juli —, ver Juli-August —, ver Sept.-Okt. —.

Erbse per 1000 Kilo. Kochware 160—205 M. nach Qual. Futterware 137—149 M. nach Qualität.

Roggennmehl M. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine fest. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M. Loto 17,45 bez., ver Mai-Juni 17,60 bez., ver Juni-Juli 17,75 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 19,75 M. Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 10,60 M. Kartoffelmehl per 100 Kilo octavo vici. Sack, per diesen Monat 19,75 M.

Rübel per 100 Kilo mit Fah. Matter. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loto mit Fah. — M. ohne Fah. — M. ver diesen Monat 52,2 M. ver April-May 52,4—52—52,2 bez., ver Mai-Juni 52,4—52—52,2 bez., ver Sept.-Okt. 52,4—52—52,2 bez.

Petroleum (Raffiniertes Standard white) per 100 Kilo mit Fah. in Posten von 100 Str. Termine matt. Gefündigt — Alkoal. Kündigungspreis — M. Loto 19,1 bez., ver diesen Monat — M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loto ohne Fah. 54 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loto ohne Fah. 84,3 bez., ver August-Sept. 36,4—36,3 bez.

Spiritus mit 50 M. ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Matt. Gefündigt — Liter Kündigungspreis — M. Loto mit Fah. — M. ohne Fah. — M. ver diesen Monat 33,3 bez., ver März-April 33,3 bez., ver April-May 33,9—33,6—33,7 bez., ver Mai-Juni 34,2—33,9—34 bez., ver Juni-Juli —, ver Juli-August —, ver August-Sept. 35,7—35,4—35,5 bezahlt.

Weizengrund Nr. 00 21,75—19,75 bez., Nr. 0 19,50—17,50 bez., keine Marken

Roggennmehl Nr. 0 u. 1 17,50—16,50 bez., do. keine Marken Nr. 0 u. 1 18,50—17,50 bez., Nr. 1 1,50 Mt. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4^{1/2} M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechselv. 2. März	Brnsch. 20T. L.	—	106,00 br.	Schw. Hyp.-Pf.	4 ^{1/2}	102,80 G.	Wrsch. Teres.	5	102,60 bz	Baltische gar.	5	102,60 bz	Pr-Hyp.-B. I. (rz. 120)	4 ^{1/2}	128,50 G.
Amsterdam... 21 ^{1/2}	8 T.	169,30 B.	31/2	Cöln-M. Pr.-A.	31/2	134,40 B.	Serb. Gld.-Pfd.	5	89,00 bz	Brest-Grajewoar	5	99,75 br.	do. do. VI. (rz. 110)	5	134,10 br. g.
London 3 ^{1/2}	8 T.	20,43 ^{1/2}	do.	Dess. Präm.-A.	31/2	80,40 bz	do. Rente.	5	80,30 bz	Gr. Russ. Eis.g	3	79,70 G.	do. div.Ser.(rz. 100)	4	72,50 bz G.
Paris..... 2 ^{1/2}	8 T.	81,20 G.</													